

MDL-NEWSLETTER

4/2025

BERND KRÜCKEL MDL
Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL
Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



Johanniter zeigen ihr Können
Auf der Landtagswiese präsentierte der Rettungsdienst seine umfangreiche Arbeit im Bereich Krisenvorsorge und Katastrophenschutz. Für die Abgeordneten war das praktische Brandschutztraining ein besonderes Erlebnis.

EDITORIAL

Johanniter geben Einblick in modernen Katastrophenschutz

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Titelbild zeigt uns mit einem der Rettungshunde und einer Hundeführerin der Johanniter, die uns ihre Arbeit vorführten. Auf der Landtagswiese in Düsseldorf präsentierte der Rettungsdienst seine umfangreiche Arbeit im Bereich Krisenvorsorge und Katastrophenschutz. Die Tagespräsentation bot einen beeindruckenden Einblick in die Vielfalt moderner Rettungsdienste und verdeutlichte, welche Rolle ehrenamtliches Engagement beim Schutz der Bevölkerung spielt.

Das Spektrum der vorgestellten Technik war beachtlich: Von hochmodernen Drohnenfahrzeugen über geländegängige Spezialfahrzeuge bis zu amphibientauglichen Einsatzwagen demonstrier-

ten die Johanniter die technische Ausstattung, die im Ernstfall Leben retten kann. Besonders eindrucksvoll waren die Vorführungen der Rettunghundeteams, deren Arbeit bei der Suche nach Vermissten unverzichtbar ist.

Für uns Abgeordnete war jedoch das praktische Brandschutztraining ein besonderes Erlebnis. Ausgerüstet mit Feuerlöschern durften wir selbst Hand anlegen und erleben, wie sich ein Löscheinsatz anfühlt. Was zunächst als spaßige Übung begann, vermittelte schnell ein Gefühl dafür, welche Herausforderungen Einsatzkräfte täglich meistern müssen.

Bei uns im Kreis Heinsberg ist vorwiegend das Deutsche Rote Kreuz

aktiv und arbeitet eng mit den lokalen Behörden zusammen. Ihre ehrenamtlichen Kräfte stärken die Resilienz der Gesellschaft und sorgen dafür, dass im Ernstfall schnell und professionell geholfen werden kann.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass Katastrophenschutz weit mehr ist als nur moderne Technik. Es ist das Zusammenspiel von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften, von bewährten Konzepten und innovativen Lösungen. Dieses Verständnis ist wichtig für die landespolitischen Entscheidungen zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes – ein Thema, das für mich als Ansprechpartner der CDU-Landtagsfraktion für Feuerwehr und Katastrophenschutz tagtäglich auf der Agenda steht. ■ *Thomas Schnelle*



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 41. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

HOCHWASSERFLUT 2021

Abschlussbericht: Gemeinsame Lehren aus der Katastrophe

Knapp vier Jahre nach der verheerenden Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss II des Landtags seinen Abschlussbericht vorgelegt. Mit dem einstimmigen Beschluss der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP setzen die Abgeordneten ein deutliches Signal der Solidarität an die Betroffenen und der Geschlossenheit beim Katastrophenschutz.

Die Flutkatastrophe kostete 49 Menschen in Nordrhein-Westfalen das Leben und führte zu unvorstellbaren Schäden. Über 20.000 Einsatzkräfte waren zeitweise gleichzeitig im Einsatz. Das System der überörtlichen Hilfe hat sich bewährt, und der Wiederaufbau kann als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden.

Der Untersuchungsausschuss kritisiert mangelnde Lagekommunikation und unzureichende Warnungen an die Bevölkerung. Die drohende Gefahr sei unterschätzt

worden, und das Innenministerium habe es unterlassen, eine landesweite Unwetterwarnung herauszugeben. Unstrittig ist, dass es Verbesserungs- und Optimierungspotenzial gibt, um künftige Katastrophen besser zu verhindern und zu bewältigen.

Die wichtigsten Empfehlungen umfassen die ständige Aktualisierung der Hochwassergefahrenkarten, die Entwicklung eines landesweiten digitalen Lagebildes in Echtzeit sowie die Ausweitung des Pegelmessnetzes. Gesetzlich soll geregelt werden, wie ein Krisenstab in Großlagen mit klaren Zuständigkeiten funktioniert.

Viele Maßnahmen sind bereits umgesetzt. Das Land hat 100 neue Stellen für den Hochwasserschutz geschaffen, digitale Warnportale eingerichtet und das Sirennetz massiv ausgebaut. Bis Ende des Jahres gehen 26 neue Pegelmessstationen in Betrieb. Die neue Hochwasser-App NRW informiert seit April 2025 Bürger in

Echtzeit über Hochwassergefahren.

Seit dem 1. Juli ist die Landesstelle für den Katastrophenschutz im Innenministerium fest eingerichtet. Hier werden Kompetenzen gebündelt, um im Katastrophenfall Aufgaben zentral zu koordinieren und die örtlichen Behörden zu unterstützen.

Die vier Jahre Ausschussarbeit waren nicht immer von Einigkeit geprägt. Doch alle Beteiligten hat der Gedanke angetrieben, angesichts der enormen Katastrophe konstruktiv Lehren zu ziehen. Wie ich es in meiner Rede sagte: *„Wir werden den Opfern dieser Katastrophe für lange Zeit gedenken. Wir haben die Lehren aus dem Unglück gezogen. Und wir werden den Katastrophenschutz weiter und weiter verbessern – dies sind wir insbesondere den Opfern der Flutkatastrophe im Jahr 2021 schuldig.“* ■ Thomas Schnelle



Symbolbild. Foto: Dominik Butzmann

SCHULE

LAND

Antisemitismus in Schulen bekämpfen

Rund 27.000 Menschen jüdischen Glaubens leben in Nordrhein-Westfalen. Über 14.500 von ihnen haben laut aktuellen Studien Angst vor körperlichen Übergriffen. Gerade unsere Schulen sollten von Schülerinnen und Schülern jedoch als sichere Orte wahrgenommen werden. Als Orte, an denen sie sich unabhängig von ihrem Glauben, ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Hintergrund frei und ohne Angst entwickeln können.

Rassismus und Antisemitismus sind jedoch sehr reale und alltägliche Erfahrungen für Kinder und Jugendliche an unseren Schulen.

Der Krieg Israels in Gaza führt nachweislich zu einer Zunahme von antisemitischen Vorfällen, weshalb die demokratischen Fraktionen im Landtag NRW nun gezielt gegen Antisemitismus an Schulen vorgehen wollen.

In einem fraktionsübergreifenden Antrag haben wir die Landesregierung daher beauftragt, Lehrkräfte in Bezug auf Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus besser fortzubilden und dies bereits in der Lehrerausbildung zu verankern. Gedenkstättenfahrten sollen zudem noch umfassender gefördert werden, sodass diese als festes Element im Unterricht zu eta-

blieren sind. Daneben sind viele weitere Maßnahmen im Antrag vorgesehen, die zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Unterstützung unserer Lehrkräfte einen Beitrag leisten sollen.

Damit treten wir antisemitischen Tendenzen an unseren Schulen entgegen. Junge Menschen sollen bereits früh lernen, was es bedeutet, in einer freien, vielfältigen und demokratischen Gesellschaft zu leben. Das kann man nur lernen, wenn unsere Schulen Orte frei von Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit sind und allen einen sicheren Raum bieten. ■ *Bernd Krückel*

Bürger bestätigen: Kurs der Landesregierung überzeugt

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind zufrieden mit der Arbeit der schwarz-grünen Landesregierung. Das belegt der aktuelle NRW-Trend, den Infratest dimap für den WDR durchgeführt hat. Die Ergebnisse zeigen einen klaren Vertrauensvorsprung: Im Vergleich zur vorigen Erhebung hat sich der Zuspruch zur Regierungsarbeit weiter verbessert. Besonders bemerkenswert ist, dass selbst 58 % der SPD-An-

hänger der Landesregierung ein positives Zeugnis ausstellen.

Auch die Sonntagsfrage unterstreicht diese Entwicklung. Mit 39 % liegt die CDU deutlich vorn und kann auf eine stabile Unterstützung in der Bevölkerung bauen. Die positive Bewertung der Regierungsarbeit bestärkt uns darin, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die Menschen sehen offenbar, dass ihre Anliegen ernst

genommen und konkrete Fortschritte erzielt werden.

Diese Rückendeckung motiviert uns für die weitere Arbeit im Landtag. Sie zeigt auch, dass die enge Verbindung zwischen der Landespolitik und den regionalen Bedürfnissen funktioniert – ein Auftrag, den wir täglich in unserer Arbeit für den Kreis Heinsberg versuchen, bestmöglich umzusetzen. ■

Bernd Krückel

FINANZPOLITIK

Landeshaushalt 2026 setzt auf Zukunft

Mit 112,2 Milliarden Euro plant die Landesregierung für das kommende Jahr einen Rekordhaushalt. Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftsflaute investiert sie gezielt in die Zukunft des Landes. Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk stellte vergangenen Monat den Haushaltsplanentwurf vor. Jetzt wird er in den parlamentarischen Beratungen diskutiert.

Der Etat steht unter dem Motto „Investieren - Priorisieren - Konsolidieren“. Die schwarz-grüne Koalition zeigt damit: Sie bleibt auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten handlungsfähig. Seit drei Jahren wächst die deutsche Wirtschaft nicht mehr. Eine solche Rezession gab es in Deutschland noch nie.

Besonders bemerkenswert ist der Fokus auf Investitionen. Für gezielte Investitionen und Modernisierungsprojekte stellt der Haushaltsplanentwurf 2026 die Rekordsumme von rund 12,1 Milliarden Euro bereit. Das ist eine Steigerung von über einer Milliarde Euro gegenüber dem Vorjahr.

Im Bereich Wirtschaft und Infrastruktur steigen die Mittel um mehr als 50 %. Die zentralen Ziele: Stärkung des Mittelstands, Ausbau einer klimaneutralen Industrie und einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur.



NRW-Finanzminister Dr Marcus Optendrenk (CDU) stellte den Haushaltsplanentwurf vor.

Die Kommunen erhalten vom Land erneut Rekordzuweisungen. Der vorläufig verfügbare Verbundbetrag nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz steigt auf fast 16,5 Milliarden Euro. Das sind 684 Millionen Euro mehr als 2025. Zusätzlich unterstützt das Land die Kommunen mit jährlich 250 Millionen Euro als Beitrag zur Altschuldenlösung.

Der Haushaltsentwurf beweist: Verantwortungsvolle Finanzpolitik ist auch in Krisenzeiten möglich. Insgesamt ist eine Nettokreditaufnahme von rund 4,5 Milliarden Euro erforderlich. Davon entfallen

rund 1,8 Milliarden Euro auf die Inanspruchnahme der Konjunkturkomponente. Diese Verschuldung ist konjunkturbedingt und entspricht den Regeln der Schuldenbremse.

In den kommenden Monaten berät der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags die Details des Etats. Der Haushaltsplanentwurf 2026 berücksichtigt zudem bislang nicht die Mittel aus dem vom Bund beschlossenen Infrastruktursondervermögen. Dieses 100-Milliarden-Investitionspaket wird unserer Wirtschaft weiteren Schub geben. ■ Bernd Krückel

STAMMZELLSPENDE

In Erinnerung an Dietmar Panske

Am 1. Juli 2025 verlor Nordrhein-Westfalen einen geschätzten Parlamentarier. Und wir einen geschätzten Kollegen. Dietmar Panske, Landtagsabgeordneter der CDU aus dem Kreis Coesfeld, verstarb nach einem Kampf gegen die Leukämie im Alter von 58 Jahren.

Der seit 2017 dem Landtag angehörende Abgeordnete war integrationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Kindesmissbrauchskomplex Lügde. Parteiübergreifend wurde er für seine sachliche Arbeit und sein menschliches Engagement geschätzt.

Jährlich erkranken in Deutschland etwa 12.000 Menschen an Leukämie oder anderen Blutkrankheiten. Für viele ist die Transplantation gesunder Stammzellen die einzige Überlebenschance. Jeder gesunde Mensch zwischen 17 und 40 Jahren kann sich als Stammzellspender registrieren lassen.



© CDU-Landtagsfraktion NRW / Ralph Sondermann [A]

Die Voraussetzungen sind überschaubar: ein Mindestgewicht von 50 Kilogramm, ein Body-Mass-Index unter 40 und ein fester Wohnsitz in Deutschland. Die Registrierung kann unkompliziert über die Website www.wsze.de erfolgen, mit einem Typisierungsset für zu Hause oder bei Blutspendeterminen.

Der Spenderprozess ist heute deutlich einfacher als oft angenommen. In 90 % der Fälle erfolgt die Entnahme über eine periphere Stammzellspende – ähnlich einer Blutspende. Die Risiken sind minimal, Langzeitfolgen sind nicht bekannt. Die gespendeten Stammzellen bilden sich innerhalb weniger Wochen vollständig neu.

Da ich selbst schon einmal Stammzellen aus dem Knochenmark gespendet habe, weiß ich, dass dies mit zwei Tagen Krankenhausaufenthalt problemlos möglich ist. Ich kann daher nur an alle appellieren, sich registrieren zu lassen und bei einem Treffer dann auch Stammzellen zu spenden. Damit wird auf einfache Art, Leben gerettet. ■ *Thomas Schnelle*



KINDERSCHUTZ

NRW bekommt unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz

Große Missbrauchsfälle wie in Lügde oder Münster haben in den vergangenen Jahren Nordrhein-Westfalen erschüttert. Die Kinderrechte sollen jetzt weiter gestärkt werden.

Nordrhein-Westfalen bekommt einen unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte. Eine entsprechende Änderung des Landeskinderschutzgesetzes hat der Landtag mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU, Grünen, SPD und FDP beschlossen. Die AfD stimmte dagegen. Mit der Stelle des oder der Kinderschutzbeauftragten sollen die Kinderrechte gefördert und gestärkt werden.

Der oder die Beauftragte wird jeweils für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Die Stelle wird bei dem für Kinder und Jugend zuständigen Ministerium eingerichtet. Jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode soll der Beauftragte dem Landtag einen Bericht zur Lage des Kinderschutzes und der Kinderrechte vorlegen sowie jeweils zur Mitte der Legislaturperiode einen Zwischenbericht.

Die SPD bemängelte trotz letztllicher Zustimmung, dass der oder die Kinderschutzbeauftragte keine Auskunftsrechte gegenüber Jugendämtern auf kommunaler Ebene habe und dass es in dieser Legislaturperiode keinen Bericht mehr zur Lage des Kinderschutzes geben werde.

Lehren aus Missbrauchsskandalen

Die neue Stelle eines Kinderschutzbeauftragten ist eine weitere Reaktion auf jahrelang unentdeckte große Missbrauchskomplexe wie in Lügde, Münster und Bergisch Gladbach. Die Fälle hatten in NRW für Entsetzen gesorgt.

CDU und Grüne setzen mit der oder dem Kinderschutzbeauftrag-

ten ein Versprechen aus ihrem Koalitionsvertrag um.

Als Lehre aus den Missbrauchsskandalen war in NRW auch bereits das Kinderschutzgesetz verabschiedet worden. Kinderschutzbeauftragte gibt es auch in einigen anderen Bundesländern. ■

Thomas Schnelle

